



Bildrechte: privat



Bildrechte: Joachim Faber



Bildrechte:
Holm Wolschendorf



Bildrechte:
Swiss Reinsurance
Company Ltd

Geld soll den Menschen dienen

Luthers Theologie und die Krisen von heute

„Die Reformation radikalisieren“ will der Heidelberger Theologieprofessor und Sozialethiker Ulrich Duchrow. „Für Luther wurzelte, was Kirche und Theologie tun sollen, in der Bibel“, sagte Duchrow bei der Diskussion „Gnadenlos wirtschaften oder gerecht haushalten?“, die kürzlich in der Karlsruher Lutherkirche stattfand. Von hier aus gelte es, „den Krisen an die Wurzel zu gehen und wirksame Entscheidungen zu treffen, statt nur oberflächlich etwas zu tun.“ Eine Wirtschaft, die nicht haushalte mit dem, was Menschen brauchen, sondern vorrangig aus Geld wiederum Geld machen wolle, „produziert unbegrenzten Wachstumszwang in einer begrenzten Welt, zerstört die Lebensbasis von Menschheit und Erde und muss am Gebot 'Du sollst nicht töten' gemessen werden.“ Im Sinne Luthers setze selbst Papst Franziskus Gott gegen die Herrschaft des Geldes. „Diese Wirtschaft tötet, sagt auch er, und deshalb Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen.“

Den zivilgesellschaftlichen Beitrag der Wirtschaft betonte demgegenüber Gerhard Lohmann, CFO der Geschäftseinheit Reinsurance der Swiss Re. Für den promovierten Volkswirtschaftler aus Zürich sind „Wirtschaft“ und „Haushalt“ wertneutrale Begriffe. „Gnadenlos“ oder „gerecht“ könne auf beide angewandt werden. Seine Gesellschaft versichere Risiken in Ländern, deren Kapital und Ressourcen es nicht erlaube, staatlicherseits z.B. für die Gesundheit der Bevölkerung zu sorgen. „Auch dies trägt zum Wohlergehen von Menschen bei.“ Er lehnt die Vorstellung grundsätzlich ab, das Ansammeln von Kapital „töte“. Auch eine Bank - Kapitalsammel- und Kreditvergabestelle zugleich -, bewirke insgesamt Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum, was zugleich Risiken tragen helfe. Mit Blick auf die Schuldenkrise südeuropäischer Länder erscheine als Lebenslüge, man könne „gemeinsamen Markt und Währung genießen, ohne sich an der Finanzierung der mit ihnen verbundenen Verwerfungen zu beteiligen.“

„Privat vor Staat“ – diesen „wohlfeilen Satz“ kritisierte Leni Breymaier, SPD-Landesvorsitzende Baden-Württemberg. Wie es geschehen konnte, die staatliche Rentenversicherung zu kürzen und dem Kapitalmarkt zu ermöglichen, durch Teilübernahme des Rentenrisikos privates Geld zu verdienen, verstehe sie heute nicht mehr. Gesellschaftliche Gräben sah die Politikerin u.a. in der Aufnahme für Zuflucht Suchende und im Blick auf religiöse Unterschiede. „Spaltung vermeidet man, indem man anerkennt, dass Menschen unterschiedlich sind.“ Ihr selbst gehe es darum, die Gesellschaft zusammen zu halten. „Steuerbeteiligung“ statt „Steuerlast“ halte sie für ein gutes Wort, um deutlich zu machen, dass es ums gemeinsame Ganze geht.

Was die Menschen brauchen, sei Martin Luther wichtig gewesen, erklärte Ulrike Krumm, Pfarrerin der Luthergemeinde Karlsruhe. Er habe erkannt, wie die einen mit dem Bedarf der anderen – Seelenheil, Gesundheit, Alterssicherung - Profit gemacht hätten: „Sobald Geld ins Spiel kommt, setzen auch Habgier und die Abhängigkeit vom Götzen Mammon ein.“ Für Luther sei Gott Schöpfer und Erhalter der Welt in einer guten Ordnung mit Einrichtungen, die göttliches Wirken befördern sollen: „Dem Bösen wehren und dem bedürftigen Nächsten nützen“ seien somit Aufgaben auch des Staates und der Wirtschaft. Dies jedoch als alleiniges Moment und nicht so, dass mit dem Nutzen des Nächsten andere Profit machten. Geld solle den Menschen dienen, darüber herrschte Einigkeit. Wie dies zu erreichen sei, dazu wünschte sich besonders Leni Breymaier „dass wir wieder mehr streiten, damit Unterschiede erkennbar bleiben“.

Joachim Faber